

# Die Welt in Aufruhr : zur heutigen Friedensarbeit

Autor(en): **Weishaupt, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 70

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-781007>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die Welt in Aufruhr – zur heutigen Friedensarbeit

Es ist nicht mehr viel geblieben von den Hoffnungen nach dem Ende der jahrzehntelangen Konfrontation von Ost und West, des keineswegs immer Kalten Krieges. Fast dreissig Jahre ist es her: Hoffnungen auf eine weltweite Friedensdividende, auf die Früchte einer allgemeinen Entspannung und Abrüstung, auf eine radikale Neugestaltung der internationalen Beziehungen, auf eine kollektiv gestaltete Weltgemeinschaft, Hoffnung darauf, dass die die Menschheit global herausfordernden Probleme – Armut, ökologische Zerstörung, Menschenrechte – in gemeinsamer Verantwortung angegangen würden, statt im Korsett der ideologisch-militärischen Systemgegensätze stecken zu bleiben.

Damals wurde durch verschiedene atomare und konventionelle Abrüstungs- oder Rüstungsbegrenzungsabkommen zwischen Russland und der NATO der ruinösen Rüstungsspirale die Spitze gebrochen. Seither hat sich die internationale Zusammenarbeit auf gewissen Gebieten, vor allem durch die wirtschaftliche Globalisierung, vertieft, wenn auch nicht im Rahmen der zu diesem Zweck gegründeten Vereinten Nationen. Aber von einer neuen Weltfriedensordnung sind wir weit entfernt. Vielmehr nehmen die Rivalitäten unter den alten Mächten zu, und neue, wie China, fordern ihren Platz ein. Es wird wieder mehr und mit neuen Waffengattungen aufgerüstet, während sich asymmetrische Konflikte, islamistischer Terrorismus und regionale Bürgerkriege häufen.

Die neue Weltunübersichtlichkeit mit ihren Gefahren – wo bleibt eine Friedensbewegung, die dem Einhalt gebieten könnte, wird da gelegentlich moniert. Dagegen einzuwenden ist, dass die Welt auch schon früher nur vermeintlich übersichtlicher war und im Kalten Krieg etwa gesellschaftliche Konflikte wegen der gegenseitigen totalen Abschreckung einfach erfolgreicher unter dem Deckel gehalten werden konnten. Abgesehen davon scheint es heute schwieriger geworden zu sein, wirksamen Widerstand gegen verheerende Entwicklungen zu leisten. Grosse Bewegungen gegen Krieg und Aufrüstung, wie sie sich während des Vietnamkrieges Ende der 1960er-Jahre weltweit und anlässlich des Protestes gegen die Mittelstreckenraketen-Nachrüstung Anfang der 1980er-Jahre in Europa bildeten, entstanden jeweils in den westlichen Ländern in direkter Opposition zur Blockkonfrontation – als Kritik an der vermeintlich alternativlosen Politik der eigenen Regierungen und in der Hoffnung, deren Politik beeinflussen zu

können. Demgegenüber konnte etwa der Widerstand der «Soldatenmütter» gegen die Intervention der sowjetischen Regierung 1979 in Afghanistan ausser Protest wenig Wirkung im eigenen Land entfalten.

Auch wenn es heute keine ähnlich grossen Bewegungen gibt, zeigt sich Friedensarbeit in verschiedenen Formen: *präventive*, *intervenierende* und *nachfolgende* Friedensaktivitäten, auf die ich im Folgenden kurz eingehe.

## Präventive Friedensbemühungen

Zu den *präventiven Friedensbemühungen* zählen etwa der Widerstand gegen Waffenexporte in Krisenregionen oder in sich abzeichnende Konfliktgebiete. Die Lieferung von Kriegswaffen an gewaltsame Akteure, seien dies nun staatliche Gewaltinstitutionen oder bewaffnete Gruppen, ist zwar nicht Ursache für die gewaltsame Austragung von Konflikten mit ihren unmittelbaren Folgen wie Zerstörung, Vertreibung und Vernichtung. Bekanntlich können auch unverdächtige Güter wie Teppichmesser oder Lastwagen für Gewalt und Terror verwendet werden. Ebenso bedienen sich Aufständische meist an vorhandenen Waffenarsenalen staatlicher Institutionen. Dennoch tragen Exporte hochwirksamer Waffen aus naheliegenden Gründen entscheidend zur militärischen Zuspitzung von Konflikten bei oder heizen Versuche erst an, diese gewaltsam zu lösen. Das zeigt sich insbesondere im Nahen Osten.

Hier liegt es in unseren Möglichkeiten, Gegensteuer zu geben. Wir sollten alles daransetzen, diese verheerende Waffenexportpolitik direkt zu beeinflussen. Ebenso gilt es, die Finanzierung von Aufrüstung und Waffenproduktion zu bekämpfen. Aktuelles Beispiel ist die laufende Volksinitiative in der Schweiz gegen die Finanzierung der Rüstung (Kriegsgeschäfte-Initiative), die weit über die eigene Waffenproduktion hinausgeht und auf die zentrale Bedeutung des Finanzplatzes Schweiz für die weltweite Rüstungsfinanzierung – nicht nur bei Atomwaffen – zielt.<sup>1</sup> Die Initiative hat dabei nicht nur die Banken, sondern auch Pensionskassen oder Versicherungen im Visier. Ein vergleichbares Anliegen verfolgt die Konzernverantwortungsinitiative gegen Investitionen in umweltschädliche Produkte oder menschenrechtlich fragwürdige Firmenpraktiken.<sup>2</sup>

In die präventive Kategorie fallen auch die Bemühungen zur Abschaffung der Massenvernichtungswaffen, die dank jahrzehntelanger Friedenskampagnen im Juli 2017 mit dem Abschluss des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen einen Schritt weitergekommen ist.<sup>3</sup> Seit am Osterwochenende 1958 ein grosser Protestmarsch unter der Losung «Ban the Bomb» von London ins 83 Kilometer entfernte englische Atomforschungszentrum in Aldermaston stattfand, steht der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung im Zentrum von Friedensbewegungen vieler Länder. So auch in der Schweiz: Nachdem 1962 eine erste Volksinitiative gegen die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee gescheitert war,

fand an Ostern 1963 ein erster Ostermarsch gegen Atomwaffen statt.<sup>4</sup> Obwohl in den letzten Jahren auch andere Friedensforderungen betont wurden, stehen die Osterveranstaltungen in der Schweiz bis heute in dieser Tradition. Wie wenig der Kampf gegen die Atomrüstung an Dringlichkeit verloren hat, zeigt die aktuelle Zuspitzung um das nordkoreanische atomare Drohpotenzial. Besonders verheerend ist, dass der Atomwaffensperrvertrag völlig wirkungslos bleibt und die Gefahr der Proliferation (Weiterverbreitung) in der Region in einen Rüstungswettlauf mit Wasserstoffbomben münden könnte. In diesem Kontext findet in Südkorea die Forderung nach atomarer Bewaffnung vermehrt Anklang, ebenso ertönt der Ruf nach erneuter Stationierung taktischer US-Atomwaffen im Land. Auch in weiteren asiatischen Ländern könnte eine solche Forderung an Boden gewinnen, in Japan etwa steht dessen pazifistische Verfassung vermehrt zur Disposition.<sup>5</sup>

## Intervenierende Friedensaktivitäten

Die internationalen Friedensbemühungen gehören zu den wichtigsten *intervenierenden Friedensaktivitäten*. Im Zentrum steht die Kernaufgabe der UNO, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren» und «unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren» (Präambel zur UN-Charta). Dazu gehört neben allen Vermittlungsbemühungen in Konfliktregionen sowie dem Zustandekommen und der Garantie von Waffenstillständen auch der Einsatz zum Schutz der Zivilbevölkerung – etwa durch Blauhelmeinsätze oder Sanktionen gegen all jene Personen und Staaten, die die Völker- und Menschenrechte verletzen. Solange die Atomwaffenmächte ein Vetorecht im Sicherheitsrat und wenig Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen haben, besteht hier noch grosser Handlungsbedarf.

Auch die Schweiz kann und darf nicht abseitsstehen und sich mit Verweis auf ihre Neutralität aus der Verantwortung ziehen. Sie muss in der Friedensarbeit ethische Verantwortung übernehmen. Diese kann sich nicht der Frage verweigern, wie ein politischer Konflikt gelöst, ein Krieg verhindert beziehungsweise gestoppt oder gravierende Menschenrechtsverletzungen beendet werden können. Es ist deshalb zu hoffen, dass die Bewerbung unseres Landes für einen nicht ständigen Einsitz im UN-Sicherheitsrat (möglicherweise 2023–2024) vom neuen Aussenminister Ignazio Cassis (Freiheitlich-Demokratische Partei, FDP) nicht zurückgezogen, sondern gründlich vorbereitet wird.

Zu den intervenierenden Friedensaktivitäten gehört weiter die Arbeit von NGOs wie Peace Brigades oder Peace Watch, die sich in laufenden Konflikten und Kriegen direkt für die Einhaltung der Menschenrechte und den Schutz bedrohter Menschen einsetzen. Ebenfalls dazu zählen die Bemühungen der Schweizer Diplomatie, Raum und Dienste für die Vermittlung zwischen Israelis und PalästinenserInnen zur Verfügung zu stellen (Genfer Initiative)<sup>6</sup> oder Verhandlungen

und Mediationen zwischen den Bürgerkriegsparteien in Nepal oder Südsudan, in Kolumbien, Myanmar, Sri Lanka, Mali oder Syrien zu fördern, aber auch im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) die Vermittlung in der Ukraine anzugehen.<sup>7</sup> Und letztlich gehört zu den konkreten Interventionen die Unterstützung von Friedensgruppen in Konfliktgebieten, sei dies materiell oder medial, sei dies durch Kontakte oder durch Ermutigung.

Die wichtigste intervenierende Friedensaktivität ist aber der Schutz von Kriegsgeflüchteten, nicht zuletzt, weil es oft möglich ist, einen konkreten Beitrag zu leisten. So erleben wir seit einigen Jahren in weiten Teilen Europas – etwa in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in der Schweiz – eine beispiellose Solidarität von Zivilpersonen mit den syrischen Geflüchteten, die aus unterschiedlichsten Regionen vor der Gewalt der Regierungstruppen wie auch der Aufständischen in überlebenssichere Gegenden fliehen. Die Tausende von Unterstützerinnen und Flüchtlingshelfern vor Ort, etwa auf dem Mittelmeer, an den Grenzen oder in den Lagern, können mit Recht als heutige Friedensbewegung bezeichnet werden. In der Schweiz gehört zu den intervenierenden Friedensbemühungen auch der Schutz von Geflüchteten aus militaristisch geprägten Ländern, etwa der relativ grossen Gruppe von jungen Deserteuren aus Eritrea. Um deren Anerkennung findet eine heftige politische Auseinandersetzung statt. Diese Solidaritätsarbeiten sind mit der beschämenden Auslagerung der Flüchtlingsfrage durch die EU an die Türkei oder in libysche Auffanglager zur politischen Daueraufgabe geworden.

## **Nachfolgende Friedensarbeit**

Es bleiben die *nachfolgenden Friedensbemühungen*, zu denen alle Versuche der Bewältigung von Konflikt- und Kriegsfolgen gezählt werden: Die Überwachung von Waffenstillständen, die Einrichtung von Wahrheitskommissionen, generell die Versöhnungsarbeit zwischen den Konfliktparteien, der Wiederaufbau nach Kriegshandlungen und Zerstörungen, die Traumaarbeit bei Kriegsopfern (etwa die Arbeit der Trauma Healing Coalition THAC mit Kindersoldaten)<sup>8</sup>, die gesellschaftliche Nachbearbeitung von Konflikten mit dem Ziel einer ansatzweisen Vergangenheitsbewältigung. Zu all diesen Aufgaben kann die Schweiz unterstützend beitragen, mit vermittelnden Diensten und materieller Hilfe. Zum Beispiel investieren die Abteilung für Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA, das Deza und das Seco<sup>9</sup> von 2017 bis 2020 bis zu 35 Millionen Franken für eine nachhaltige Konflikttransformation in Kolumbien. Nach dem Friedensschluss mit den Rebellenorganisationen soll das Land bei der humanitären Minenräumung unterstützt oder der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen gewährleistet werden, um das Gesetz über Opferentschädigung und Landrückgabe zur Anwendung zu bringen.<sup>10</sup>



## Lehren aus dem syrischen Bürgerkrieg

Am Beispiel des syrischen Bürgerkrieges können wir Aufgaben und Grenzen heutiger Friedensarbeit erkennen. Dazu ein Blick auf die Anfänge der syrischen Katastrophe, deren umfassende Analyse hier nicht möglich ist. Knapp zusammengefasst lässt sich sagen, dass sich in Syrien ein gleichsam prototypischer gewaltfreier Aufstand zu einem grösstmöglichen Desaster entwickelt hat.

Auch wenn der Arabische Frühling, die Arabellion von 2011, weder von einer gewaltfreien Theorie bestimmt war noch sich auf der Basis einer solchen Praxis entwickelte und schon gar nicht nach einem Drehbuch entstand, war er dennoch die grösste gewaltfreie Aufstandsbewegung der letzten Jahrzehnte. Ausgelöst durch den Suizid eines verzweifelten Gemüsehändlers in Tunesien im Dezember 2010, kam es innert kurzer Zeit in einer Reihe arabischer Länder zu spontanen Volksaufständen gegen die autokratischen Regime der Region. In Tunesien und in Ägypten führten sie zum Sturz der Regierungen. In anderen Ländern scheiterten die sozialen Proteste zumindest vorläufig an der harschen Unterdrückung durch die jeweilige Regierung.

In Syrien jedoch dauerte der zivile Aufstand mit Protestversammlungen im ganzen Land über Monate, ja über Jahre an – selbst heute, nach über sechs Jahren und mitten im verheerendsten Bürgerkrieg gibt es in Stadtteilen, Kleinstädten und Dörfern noch unbewaffnete Protestaktionen gegen Baschar al-Assads Regierung. Der eigentliche Beginn der Unruhen lässt sich an einem Datum und einem Ort festmachen, nämlich am 18. März 2011 in Dar'a, einer im Süden Syriens gelegenen Stadt. An diesem Tag wurde eine Demonstration nach dem Freitagsgebet von der Polizei unter Beschuss genommen. Ausgelöst wurde der Protest durch die Verhaftung und die mutmassliche Folterung von fünfzehn Schülern, die einen Slogan der arabischen Aufstände an eine Häuserwand gemalt hatten. Hunderttausende junge Syrierinnen und Syrer gingen ab diesem Zeitpunkt in allen Regionen Syriens regelmässig auf die Strasse. Schwerpunkte der Proteste waren Baniyas, Homs, Hama und Vororte von Damaskus.

Die unerbittliche Bekämpfung der demokratischen Bewegung durch das Assad-Regime führte ab dem Herbst 2011 zu einer Militarisierung des Aufstandes. In der Folge sprangen SoldatInnen der syrischen Armee ab und organisierten sich in der Freien Syrischen Armee gegen das Regime und zum Schutz des Aufstandes und setzten dafür ihre Waffen ein. Auch wenn es von Anfang an vereinzelte gewaltsame Handlungen auch im Kontext von Demonstrationen gegen die Regierung gab, wollten die aufständischen Komitees keinen Bürgerkrieg. Die Local Coordination Committees schrieben in einer Erklärung 2011: «Eine Militarisierung der Revolution würde die Unterstützung und Beteiligung an der Revolution durch das Volk minimieren. [...] Militarisierung würde die Revolution in eine Arena tragen, wo das Regime einen deutlichen Vorteil hat, und die moralische Überlegenheit erodieren, die die Revolution seit ihren Anfängen charakterisiert hat.»<sup>11</sup>

Ab 2012 kamen jedoch neue bewaffnete Akteure hinzu. So formierten sich in Nordsyrien die KurdInnen. Im Juni 2014 eroberte der IS («Islamischer Staat») grosse Regionen im Irak sowie in Syrien und weitete den Konflikt zu einem religiösen Krieg zwischen Sunniten und Schiiten aus. Darauf folgte die nicht unerwartete Einmischung von Staaten der Region und der Welt, die ihre eigenen geopolitischen Interessen verfolgen: zuerst der Iran und die Hisbollah, später Russland zur Unterstützung des Regimes sowie Saudi-Arabien und die Türkei aufseiten der Assad-Feinde. Am Ende formierte sich eine internationale Allianz der USA und ihrer Verbündeter gegen den IS. Nachdem kürzlich der IS durch diese allumfassende Koalition zurückgeschlagen wurde, könnte bestenfalls die De-facto-Spaltung Syriens in drei Teile mit kurdischen, schiitisch und sunnitisch geprägten Regionen erfolgen, was zu einem mehr oder weniger stabilen Waffenstillstand oder andernfalls zu einem unabsehbar langen Kleinkrieg aller Fraktionen führen könnte.<sup>12</sup>

## **Frieden statt Sackgasse Gewalt**

Der Arabische Frühling war eine sich über den gesamten arabischen Raum entwickelnde soziale Bewegung. Niemand hatte sie initiiert, niemand von aussen unterstützt. Die Menschen, die sich hier zusammengeschlossen hatten, kämpften gewaltfrei fast ausschliesslich mit dem Einsatz ihrer Körper, mit Platzbesetzungen, Protestversammlungen und Demonstrationen. Sie bildeten eine demokratische Bewegung, die sich gegen die soziale Ungerechtigkeit in allen Ländern des arabischen Raums auflehnte und sich für die universellen Menschenrechte einsetzte – gegen Gewalt, für eine friedliche Gesellschaft. Auch wenn sich diese demokratische Bewegung bislang nur in Tunesien einigermaßen durchsetzen konnte und sonst überall, besonders brutal in Ägypten und Syrien, von den Herrschenden unterdrückt wurde – sie ist nicht erledigt, sie wird wiederkommen und könnte auch weitere Länder wie Saudi-Arabien oder den Iran erfassen.

Die Aufständischen der Arabellion, insbesondere auch jene in Syrien, sind von uns viel zu wenig unterstützt worden. Es ist deshalb unsere Aufgabe, die demokratischen Bewegungen tatkräftiger als bisher im Sinne aktiver Friedensarbeit zu unterstützen:<sup>13</sup> Durch strategische Unterstützung, beispielsweise mit Seminaren zu gewaltfreien Widerstandsstrategien, mit technischer Hilfe, etwa mit Equipments für eine unabhängige Kommunikation oder mit praktischer Unterstützung, etwa dem Schmuggel von Büchern. Wir können die Bewegungen über unsere aussenpolitischen Kanäle diplomatisch unterstützen oder mit politischer Lobbyarbeit zugunsten der Bewegung in unseren Parlamenten, ebenso mit kontinuierlicher medialer Berichterstattung und der Nutzung alternativer Medien. Wir können Mitglieder oppositioneller Gruppen mit Bildung in Form von Stipendien unterstützen, die ihnen hier ein Studium ermöglichen. Und nicht

zuletzt – selbstverständlich und unbefangen – mit der finanziellen Unterstützung oppositioneller Gruppen. Es gibt sie also sehr wohl, die unzähligen Möglichkeiten, soziale und demokratische Bewegungen in ihrem Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie zu unterstützen und ihnen zu helfen, die Sackgasse des bewaffneten Widerstandes zu vermeiden.

## Anmerkungen

- 1 Siehe: [www.gsoa.ch/themen/finanzierung-von-kriegsmaterial](http://www.gsoa.ch/themen/finanzierung-von-kriegsmaterial) (Abfrage: 28.9.2017).
- 2 Siehe: [konzern-initiative.ch](http://konzern-initiative.ch) (Abfrage: 28.9.2017).
- 3 Vorläufige deutsche Textversion des Vertrages, übersetzt vom Deutschen Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen: [un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf](http://un.org/Depts/german/conf/a-conf-229-17-8.pdf) (Abfrage: 28.9.2017).
- 4 Tobler, Ruedi, 2012: Meilensteine der Friedensarbeit in der Schweiz. In: *Friedenszeitung*, Nr. 2, 4–7.
- 5 Siehe: *Friedenszeitung*, Nr. 21, Zürich, Juni 2017.
- 6 Siehe: [www.geneva-accord.org](http://www.geneva-accord.org) (Abfrage: 28.9.2017).
- 7 Eidgenössisches Departement des Äusseren, Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS): Faszilitation und Vermittlung. [www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/menschenrechte-menschliche-sicherheit/frieden/fazilitation-undvermittlung.html](http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/menschenrechte-menschliche-sicherheit/frieden/fazilitation-undvermittlung.html) (Abfrage: 28.9.2017). Zum Verhandlungsprozess zwischen den MaoistInnen und der Regierung in Nepal: Heiniger, Markus, 2011: Mediation nach einem Friedensabkommen. In: *Perspektiven Mediation. Beiträge zur Konfliktkultur*, 2, 68–73
- 8 Siehe: [web358.login-12.hoststar.ch/WPTAC](http://web358.login-12.hoststar.ch/WPTAC) (Abfrage: 28.9.2017).
- 9 EDA: Eidgenössisches Departement des Äusseren, Deza: Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, Seco: Staatssekretariat für Wirtschaft.
- 10 Siehe Beitrag Zimmermann in diesem Heft. Und: KOFF (Hg.), 2017: Kolumbien – Die kommenden Herausforderungen. à propos. *Das Friedensmagazin* von KOFF, Nr. 149.
- 11 Schweitzer, Christine u. a., 2012: Syrien zwischen gewaltfreiem Aufstand und Bürgerkrieg. Bonn, 8–9. [www.koop-frieden.de/dokumente/dossier5.pdf](http://www.koop-frieden.de/dokumente/dossier5.pdf) (Abfrage: 29.9.2017).
- 12 Siehe etwa die Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* 1/2017 zu Facetten des Pazifismus oder das Schwerpunktheft *FriedensForum* 2/2017 mit Beiträgen von Christine Schweitzer zum Arabischen Frühling. Zur demokratischen Opposition in Syrien informiert u. a. [www.adoptrevolution.org](http://www.adoptrevolution.org). Die Syrische Gewaltfreie Bewegung, eine 2011 gegründete Gruppe, produzierte mit letztem Stand von 2013 eine Karte, in der die verschiedenen Formen des Widerstands eingetragen wurden: [www.lccsyria.org/nonviolence\\_map/en](http://www.lccsyria.org/nonviolence_map/en) (Abfragen: 28.9.2017).
- 13 Johansen, Jörgen / Bund für Soziale Verteidigung e. V. (Hg.), 2017: Externe Unterstützung für gewaltfreie Revolutionen – eine Analyse. Minden. [www.ssoar.info/ssoar/handle/document/50466](http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/50466) (Abfrage: 28.9.2017).



# FRIEDENSZEITUNG

Die friedenspolitische Zeitschrift der Deutschschweiz  
4 x jährlich aktuelle Berichte, hintergründige Schwerpunkte, Kolumnen, Rezensionen und Veranstaltungen zu allen Aspekten der Friedensarbeit, hierzulande und international.  
Im Abo 50 Franken, Probeschnupperr!

**FRIEDENSZEITUNG**  
Nr. 104 (2017)

1. Acht indonesische Mitarbeiterinnen	14. 100 Jahre Arthur Schopenhauer
2. Thomas Schaller zum 100. Geburtstag	15. Donald Trump: von und als Schicksal
3. Ralf Karcher: 50 Jahre der Umweltbewegung	16. Sozialismus: mehr als Wortschatz
4. Die Schweizer Armee und die Friedensbewegung	17. Die Friedensbewegung 1917

Die Zeitschrift ist nicht nur wertvolle Lektüre der Schweizerinnen und Schweizer, sondern auch ein wichtiges Dokument für die internationale Friedensbewegung.

### Vertrag für ein Atomwaffenverbot

Am 2. Juli 2017 hat die UN-Generallversammlung mit 122 Stimmen für ein Atomwaffenverbot (TAV) beschlossen. Das ist ein historischer Moment, denn es ist das erste Mal, dass eine solche Resolution einstimmig angenommen wurde. Die Resolution fordert die Vertragsparteien auf, sich bis zum 1. Januar 2022 an dem Vertrag anzuschließen. Die Resolution ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Atomwaffen, da sie die erste internationale Vereinbarung ist, die die Herstellung, den Verkauf, den Transfer, den Besitz, den Einsatz und den Einsatz von Atomwaffen verbietet. Die Resolution ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der Atomwaffen, da sie die erste internationale Vereinbarung ist, die die Herstellung, den Verkauf, den Transfer, den Besitz, den Einsatz und den Einsatz von Atomwaffen verbietet.



**FRIEDENSZEITUNG**  
Gartenhofstr. 7  
8004 Zürich  
info@friedensrat.ch  
www.friedensrat.ch

**FRIEDENSZEITUNG**  
Nr. 104 (2017)

1. Die vier indonesischen Mitarbeiterinnen	14. 100 Jahre Arthur Schopenhauer
2. Thomas Schaller zum 100. Geburtstag	15. Donald Trump: von und als Schicksal
3. Ralf Karcher: 50 Jahre der Umweltbewegung	16. Sozialismus: mehr als Wortschatz
4. Die Schweizer Armee und die Friedensbewegung	17. Die Friedensbewegung 1917

Die Zeitschrift ist nicht nur wertvolle Lektüre der Schweizerinnen und Schweizer, sondern auch ein wichtiges Dokument für die internationale Friedensbewegung.

### Astana: Wie weiter in Syrien?

Die Verhandlungen über ein Friedensabkommen in Astana sind im Gange. Die Verhandlungen sind ein wichtiger Schritt in der Geschichte der syrischen Friedensbewegung, da sie die erste internationale Vereinbarung sind, die die Herstellung, den Verkauf, den Transfer, den Besitz, den Einsatz und den Einsatz von Atomwaffen verbietet. Die Verhandlungen sind ein wichtiger Schritt in der Geschichte der syrischen Friedensbewegung, da sie die erste internationale Vereinbarung sind, die die Herstellung, den Verkauf, den Transfer, den Besitz, den Einsatz und den Einsatz von Atomwaffen verbietet.

